

Illegale Parteienfinanzierung, Schulden und finanzielles Chaos – Wer ist verantwortlich? Wer sind die Mitwisser?

Der Bericht des Rechnungshofs ist ein Dokument über illegale Machenschaften und Selbstbedienungsmentalität in der RLP-CDU. Nicht nur Einzelne, sondern die CDU insgesamt hat die Fraktionskasse genutzt, um Mittel zur Partei zu lenken.

Die Behauptung, Baldauf und seine „neue“ Fraktion hätten das Problem nur geerbt, ist spätestens jetzt nicht mehr zu halten, ebenso wenig die Beteuerung, er räume mit den Lasten der Vergangenheit auf. Er und andere waren und sind Teil dieses Systems. Warum hat die heutige CDU-Fraktion keine Vorsorge dafür getroffen, dass sie die zweckwidrig verwandten Mittel zurückerstattet? Jetzt muss sie wieder Kredite aufnehmen.

1. Illegale Parteienfinanzierung, Schulden und finanzielles Chaos

Vorgeschichte: Vor der Landtagswahl 2001 die „Nix Politik, Fußball“-Affäre. Mit Fraktionsmitteln werden illegal WM-Broschüren und Plakate für die CDU-Landespartei bezahlt. Der Verfassungsgerichtshof bewahrt Christoph Böhr gerade noch so vor einer Anklage wegen Untreue. Die illegale Mittelverwendung wird aber vom Gericht klar bestätigt.

Vor der Landtagswahl 2006 gehen dann 386.000 € Fraktionsgelder an die Werbeagentur des CDU-Mitglieds und heutigen Hamburger Finanzsenators Frigge (sowie weitere 15.000 € für andere Berater). Vor dem Hintergrund der aktuellen Feststellungen des Rechnungshofs liegt es auf der Hand, dass die Mittelverwendung wieder eindeutig der Partei zuzuordnen ist. Spätestens jetzt ist hier die strafrechtliche Verantwortung zu prüfen.

Aus der Kasse der Unions-Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK) hatte sich der ehemalige Geschäftsführer Hebgen bedient und die Schatulle der CDU-Landtagsfraktion gefüllt. Die Führung der Fraktion hatte ihn gewähren lassen. In diesem „prüfungsfreien Raum“ (Rechnungshof), können Steuergelder offensichtlich

nach Gutdünken von einer CDU-Fraktion zur anderen verschoben (und von dieser wie in Rheinland-Pfalz für Parteizwecke verwendet) werden. Hat die CDU mit der Kasse der FVK ein bundesweites Hilffsystem für notleidende Fraktionen installiert? Eine Frechheit ist, dass die FVK nicht bereit war, eine Prüfung durch die Rechnungshöfe zuzulassen. Unglaublich auch, dass die Gelder offensichtlich noch nicht zurückgezahlt sind und die CDU-Fraktion offen lässt, welcher Gesamtbetrag überhaupt erstattet werden soll. Der schleswig-holsteinische oder bayerische Steuerzahler hat also nach wie vor ungewollt den Landtagswahlkampf der CDU in Rheinland-Pfalz mitfinanziert.

Beispiellos hat die CDU Kredite aufgenommen. Im Jahr 2005 wurden von einer bis dahin schuldenfreien Fraktion 154.665,49 € Schulden gemacht. Im Jahr darauf hat es die CDU-Fraktion sogar fertig gebracht, weitere Schulden erneut in Höhe von fast 150.000,- € aufzunehmen, wohlgermerkt im Jahr 2006, kurz vor der Landtagswahl. Dass hier illegal eine „Kriegskasse“ für die Partei angelegt wurde, hat für den Fraktionsvorstand der CDU (darunter auch der stellvertretende Vorsitzende und heutige Generalsekretär Rosenbauer) und sicher auch für jedes interessierte Fraktionsmitglied offen zu Tage gelegen.

Auf Grundlage der Feststellungen des Rechnungshofs prüft der Bundestag bereits, ob auch ein Verstoß gegen das Parteiengesetz vorliegt. In diesem Fall drohen Strafzahlungen in dreifacher Höhe. Bei der Bundes-CDU würde die RLP-CDU dann mit fast 1,5 Mio. EURO tief in der Kreide stehen.

Daneben herrschte auch sonst ein finanzielles Chaos bei der CDU-Fraktion. Nach dem Rechnungshofbericht sind „elementarste Anforderungen an eine ordnungsgemäße Kassen- und Belegführung nicht erfüllt“.

2. Mitwisserschaft und Verantwortlichkeiten

Wer wusste von den illegalen Finanztransaktionen und wer trägt hierfür Verantwortung? Die CDU muss zuallererst mit ihrer Lebenslüge aufräumen, die sog. neue Fraktionsführung habe alle Probleme nur von ihren Vorgängern geerbt und räume auf.

Die Rechnungsprüfer der CDU-Fraktion haben offensichtlich versagt. Warum, werden sie selbst am besten beantworten können. Einzelpositionen und Rechnungen in Höhe von mehreren 100.000,- € sind nach dem Bericht des Rechnungshofes nicht bzw. nicht hinreichend belegt und hätten von ihnen zwingend hinterfragt werden müssen, ebenso wie eine schon als solche völlig ungewöhnliche und möglicherweise sogar rechtlich unzulässige Kreditaufnahme. Wurden sie wenigstens hinterfragt? Kann oder muss die CDU-Fraktion die Rechnungsprüfer im Falle eines eklatanten Verstoßes gegen ihre Pflichten ggf. in Regress nehmen oder hat sie das zumindest geprüft? Beide Prüfer sind übrigens weiter im Amt, werden auch von der „neuen Fraktion“ wieder zu Prüfern bestimmt und attestieren bis heute die Rechnungen der CDU Fraktion.

Baldaufs „Mythos vom Einzeltäter Böhr und dem Heer der Ahnungslosen in Fraktion und Partei“ wird sich bald selbst entlarven, denn eine Wahlkampffinanzierung in der vom Rechnungshof nunmehr offiziell festgestellten Größenordnung von mehr als 400.000,- € kann nicht unbemerkt an den Leitungsgremien der Partei vorbeilaufen. Was wusste z.B. Frau Klöckner, die schließlich bereits seit 2003 Mitglied des CDU-Landesvorstands und seit 2006 stellvertretende CDU-Landesvorsitzende ist? Was wusste der heutige Parlamentarische Geschäftsführer Bracht, 2005 bis 2006 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU?

Sind die Unterlagen der Werbeagentur C 4 für die Landes-CDU so brisant, dass sie immer noch verschwunden bleiben? Warum rückt die Firma, allen voran der damalige Geschäftsführende Gesellschafter und heutige Hamburger Finanzsenator Frigge, die Unterlagen nicht heraus? Was wurde wirklich alles für die hohe Summe von 386.000,- EURO für die CDU entwickelt und geleistet?

3. Zitate aus dem Rechnungshofbericht:

„Die Haushalts- und Wirtschaftsführung (...) wies in vielen Bereichen Mängel auf.“

„Verträge wurden häufig nur mündlich geschlossen, wie beispielsweise Beratungsverträge über insgesamt 431.000 €.“

„Elementarste Anforderungen an eine ordnungsgemäße Kassen- und Belegführung nicht erfüllt“

„Einnahmen und Ausgaben verwechselt“

„nie Kassenprüfungen durchgeführt“

„Angaben (...) widersprüchlich“, „Erklärungen in sich nicht schlüssig“

4. Zitate aus der Presse:

„Wie wäre es da wohl zugegangen, wenn Böhr und seine Mannschaft die Wahl gewonnen und auch noch die Staatskasse unter ihrer Aufsicht gehabt hätte? (...) Mancher Wähler wird sich fragen, ob er dieser Partei schon wieder vertrauen kann, die derart hemmungslos mit seinem Steuergeld umgegangen ist.“ (Süddeutsche Zeitung, 7.4.10)

„Wenn der Altkanzler heute auf die CDU in seiner Heimat schaut, dürfte ihm düster zumute sein. Es ist ein doppelter Bankrott. Zum einen ein politischer (...). Hinzu kam auch noch der finanzielle Bankrott.“ (Süddeutsche Zeitung, 7.4.10)

„haarsträubende Zustände in der Kasse der CDU-Fraktion“, „Buchführung verdiente ihren Namen nicht“ (Süddeutsche Zeitung, 7.4.10)

„Finanzchaos bei der CDU“, „abenteuerliche Zustände“ (Süddeutsche Zeitung, 6.4.10)

„...massiv geschlampt. Oder handelte es sich hier etwa um ein System?“ (Allgemeine Zeitung, 9.4.10)

„politisch peinliche Geldverschwendungen“, „erschreckend geschludert“ (Rheinpfalz, 20.4.10)

